

Die DDR und die Neue Ostpolitik

Die Tagung hat das „Willy-Brandt-Bild in Deutschland und Polen“ zum Thema, und auch bei den einzelnen Themenblöcken ist immer wieder vom „Brandt-Bild“ in Polen, der Bundesrepublik und der DDR die Rede. Bei den allermeisten konkreten Einzelthemen dieser Tagung geht es jedoch um Politik und gelegentlich um die Sicht auf eine solche Politik. Darin liegt ein gewisser Widerspruch, zumindest ein klärungsbedürftiges Problem. Bilder suggerieren eine Wirklichkeit, aber sie sind nicht die Wirklichkeit. Dem Zuschauer versprechen sie eine unmittelbare Teilhabe an dieser Wirklichkeit, aber sie liefern ihm faktisch nur eine Inszenierung des Scheins.

Die virtuelle Welt hat ihre Eigendynamik. Sie produziert ihre eigene Welt. Die Bilder vom Golfkrieg, die wir 1990 sahen, lieferten eine kunstvoll produzierte Scheinwelt eines sauberen high-tech-Krieges, aber sie hatten wenig mit der Realität eines Krieges und des oft qualvollen Sterbens Tausender Menschen zu tun. Bei der martialischen Landung der US-Truppen in Somalia standen die US-Fernsehtams schon bereit. Die besten Bilder zur besten Sendezeit bestimmten hier wie in anderen Fällen Zeit, Ort und Art einer auf Bildwirkung bedachten Aktion.

Wir mögen uns über das Zipper-Monica-gate in den USA entrüsten und uns unserer Andersartigkeit brüsten. Doch sind wir tatsächlich so dagegen gefeit? Spielen bildhaft buntes politisches Theater und plakative, mediengerechte Events nicht auch bei uns schon den dominierenden Part? Es geht hier nicht darum, in den Chor der „elder statesmen“ einzustimmen, die zumeist mit großem Applaus bedacht, den Verfall der politischen Kultur beklagen und ihr eigenes Politikerleben dagegen stellen. Die neuen Medien sind eine Realität wie die gestiegene Medienmacht. Wir können uns dem nicht entziehen, und dies haben auch diese „elder statesmen“ zu ihrer Zeit nicht getan. Nur war die Medienlandschaft noch nicht so bunt, die technischen Mittel nicht so entwickelt.

Die Wirkung von Willy Brandt ist nicht zu verstehen ohne Fernsehen, und im Umgang mit dem Medium Bild war er ein Meister seines Fachs. Wer von uns Älteren hat nicht den Willy Brandt auf dem Fernsehschirm vor Augen, in dessen Gesicht sich das Nachdenken spiegelte, der förmlich um die richtigen Worte rang und mit seiner ganzen Person Menschlichkeit, Vertrauen und herzliches Zugehen auf den Betrachter

ausstrahlte. Diese Bilder haben sich damals bei vielen Menschen festgesetzt und prägen ihr Bild von Willy Brandt bis heute.

Zwei Szenen sollten wir uns im Kontext dieser Tagung besonders vor Augen führen: den Bundeskanzler Willy Brandt, der im Dezember 1970 vor dem Mahnmahl für die Opfer des Warschauer Ghettoaufstandes kniete, und den Bundeskanzler Willy Brandt, der sich im März desselben Jahres an einem offenen Fenster des Erfurter Hofes den Menschen zeigte und mit zurückhaltenden Gesten vorsichtige Hoffnung verhiß. Warschau und Erfurt waren gewiß auch bildhafte Inszenierungen. Aber sie waren nicht wie viele theatralische Bilder von heute die Botschaft an sich, sondern bildhafte Gesten im Dienste einer politischen und menschlichen Botschaft, die ausdrückten, was sich mit Worten so gar nicht sagen ließ.

Diese kurzen einleitenden Anmerkungen zur Macht der Bilder schienen mir notwendig, um wenigstens anzudeuten, daß es oft weniger die konkrete, faßbare Politik ist, die das Bild eines Politikers, seiner Persönlichkeit und Politik bestimmt, sondern die bildhafte Ausstrahlung. Sie aber ist schon in einer offenen Gesellschaft mit einem entwickelten Meinungsforschungs- und Analysesystem schwer präzise zu ermessen. In einer Diktatur mit ihrem auf die möglichst totale Erfassung und Durchdringung der Gesellschaft angelegtem Kontrollsystem wie der damaligen DDR aber gleicht dies einem aussichtslosen Unterfangen. Es ist, dies gebietet die Ehrlichkeit, so nicht zu leisten.

Nun lautet das von mir zu behandelnde Thema „Die DDR und die Neue Ostpolitik“. Ursprünglich angefragt war „Die SED und die Neue Ostpolitik“. Gewiß war die DDR ein SED-Staat mit dem eigentlichen Machtzentrum Politbüro. Doch in der DDR lebten ja auch Menschen, und nicht alle dachten und handelten so, wie es das Politbüro unter Walter Ulbricht und Erich Honecker vorgab. Viele hörten Rundfunksender aus dem Westen, und nachdem der Fernsehempfang aus dem Westen möglich wurde, schaltete ein Großteil der Bevölkerung mit Vorliebe auf die Westkanäle. Etliche durften Verwandte und Freunde aus dem Westen empfangen, viele bekamen Briefe und Päckchen, Rentner und einige andere konnten zunehmend in den Westen reisen. Auch dies gehört zu einer Wirklichkeit der Neuen Ostpolitik.

Diese Bewertung durch die SED/DDR ist schwierig genug. Die Öffnung der Archive und Quellen, von der friedlichen Revolution erzwungen und vom Gesetzgeber im geeinten Deutschland bestätigt, gibt Einblick in das Innenleben einer Diktatur mit ihrem gigantischen Apparat, ihren bürokratischen Auswüchsen und ihrem verästelten Unterdrückungs-, Desinformations- und Infiltrationssystem. Die abertausende Meter von Akten sind Fundgruben der Information über die Struktur und das Funktionieren

des Systems, seiner Ideologie und Politik und für die Aufdeckung von Schicksalen betroffener Menschen wie für die Entlarvung der Täter und ihrer Gehilfen. Doch die Akten liefern nicht nur Fakten, sondern sie sind auch ein Spiegel doktrinären Scheuklappensehens. Vorsicht und kritische Umsicht sind deshalb angebracht. Selbst dann aber bleibt noch eine Asymmetrie, bedingt durch die Fülle der Zeugnisse aus der Warte der Herrschenden und den Mangel an Kenntnissen über die Beherrschten und ihr tatsächliches Denken.

I.

In einem internen Strategiepapier der SED-Führung vom Oktober 1960 hieß es zur SPD, es gelte „den Einfluß von Wehner, Erler und Brandt in der Partei zurückzudrängen, damit die SPD wieder eine echte Alternative zur Politik der Rüstungskonzerne und ihrer Adenauer-Regierung werde“.¹ Partei- und Fraktionsvorsitzender war damals noch Erich Ollenhauer, Wehner einer der Stellvertreter in der Partei, Erler in der Fraktion, Brandt Regierender Bürgermeister in Berlin. Nach Herkunft, Sozialisation, Erfahrung und Naturell durchaus verschieden, galten die drei als die Repräsentanten der neuen Godesberger SPD. Und für die kommunistischen Machthaber in Ost-Berlin verkörperten sie die feindliche Troika, die es zu bekämpfen und auszuschalten galt.

Drei Jahre später stand in einem neuen Strategiepapier der Westkommission beim Politbüro vom September 1963 zu lesen, es komme darauf an, Willy Brandts Vorstellungen gegen die angeblich die „Interessen der Bonner Ultras“ stützenden und vertretenden Fritz Erler und Herbert Wehner zu unterstützen.² Was war geschehen und welche Gründe gab es dafür, daß Erler und Wehner für die SED-Machthaber Feinde blieben, aber Willy Brandt nun auf einmal als jemand erschien, mit dem man auskommen konnte und den es zu fördern galt?

In einem Atemzug mit Brandt fielen in dem SED-Papier die Namen von Heinrich Albertz, damals SPD-Innensenator in Berlin, und des Senatspressesprechers Egon Bahr. Es ging um die Ansätze zu einer neuen deutschlandpolitischen Konzeption, wie sie in Berlin von diesem Trio angedacht, von Albertz als erstem lanciert worden war und dann im Juli 1963 mit Egon Bahrs Tutzingener Rede für großes öffentliches Aufsehen gesorgt hatte.

¹ Zit. nach J. Staadt: *Die geheime Westpolitik der SED 1960 bis 1970*, Berlin 1993, S. 44.

² Ebd., S. 91ff., hier S. 92.

Nach dem Mauerbau zielten die Anstrengungen des SED-Systems verstärkt darauf, den Boden für eine Anerkennung ihres SED-Staates zu bereiten. In diesem Sinne versuchte die DDR-Spitze, mit gezielten Aktivitäten unter der Losung des Kampfes für den Frieden Einfluß auf Parteien und gesellschaftliche Gruppen, Öffentlichkeit und Publizistik in der Bundesrepublik zu nehmen. Wieweit sie damit wirklich Erfolg hatte und das Klima in der Bundesrepublik veränderte, ist schwer zu ermessen. Nicht alles in den alten DDR-Akten sollte man für bare Münze nehmen. Es steckte auch viel Wunschdenken eines ideologisch verbohrt Systems darin.

Schwerer wog, daß die SED-DDR mit und über Berlin über wirksame Hebel verfügte, um Schritt für Schritt ein Stückchen an Anerkennung zu erreichen. Das betraf den Verkehr von und nach Berlin (West), bei dem Schikanen und Druckmanöver alltägliche Wirklichkeit waren, die Lage des eingemauerten West-Berlins und die Situation an der seit 1961 mit Mauer und Stacheldraht hermetisch verriegelten, mörderischen Grenze. Der vorsichtige Versuch zu einem direkten Gespräch mit der Sowjetunion (Chruschtschows Einladung an Brandt) scheiterte an einer sich verweigernden CDU. Der Berliner Wähler strafte sie dafür ab, und die SPD errang bei den Wahlen zum Abgeordnetenhaus am 17. Februar 1963 mit 61,9 Prozent einen triumphalen Wahlsieg. Die Tatsache, daß das Bemühen um Kontakte vom Wähler honoriert wurde und sich mit der FDP ein Partner für eine aktivere Ostpolitik bot, ermutigte Brandt und Bahr, sich in Tutzing weiter vorzuwagen. Es war eine Art Vorlauf für die Politik der „Kleinen Schritte“.

In Berlin, an der Nahtstelle des Ost-West-Konfliktes, wo die Härte der Trennung besonders spürbar war und viele Menschen sehr direkt und persönlich betraf, gelang es ab 1963 mit den Passierscheinabkommen erstmals, die Mauer ein klein wenig zu öffnen. Dies war der eigentliche Beginn der operativen Neuen Ost- und Deutschlandpolitik. Den Schlüssel, mit dem sich das vertrackte Schloß endlich öffnen ließ, hatte Heinrich Albertz, ein enger Vertrauter Willy Brandts, entdeckt. Es war die sogenannte salvatorische Klausel – der Konsens über den Dissens der Bezeichnungen, aber diese, d. h. der „Ministerrat der Deutschen Demokratischen Republik“ und die „Hauptstadt der DDR“, erschienen immerhin.

Nachdem die DDR so ein Zipfelchen Statusaufwertung erhascht hatte, stieg allmählich der Preis. Walter Ulbricht war die Achillessehne wohl bekannt. Ihm und seinen Gefährten in Moskau und Ost-Berlin ging es nicht um Erleichterungen bei den Folgen der Teilung. Sie sahen in dem schweren Los der Menschen und in dem Anliegen von Politikern wie Willy Brandt, ihnen zu helfen, einen Hebel auf dem Weg zu einer politischen Anerkennung der SED-DDR, ihrem vordringlichen Ziel. Von da aus

erschien ihnen Brandt, der nach dem Schock des Mauerbaus und der Desillusionierung vorsichtig neue Wege in der Deutschland- und Ostpolitik suchte und ansteuerte, als einer, mit dem man eher zurecht kommen konnte und den es deshalb zu stützen galt.

Für die Menschen, die sich zu Weihnachten 1963 bei den ersten Passierscheinbesuchen in den Armen lagen, zählte etwas ganz anderes. Der Regierende Bürgermeister von Berlin hatte ein Herz für sie und nahm sich ihrer an, während in Bonn die hohen Herren über Statusfragen brüteten. Die Passierscheinabkommen sind die eigentliche Geburtsstunde für das hohe Ansehen, das sich Willy Brandt bei den Bürgern in Ost-Berlin und der DDR erwarb. Als ein eindrucksvoller Ankläger des kommunistischen Systems war er bekannt, der sich in den kritischen Tagen des Mauerbaus als Herold der Freiheit und Anwalt Berlins bewährte. Nun verband sich mit ihm auch die Hoffnung, daß Menschen in dem geteilten Land wieder zusammenfinden konnten. Menschliche Erleichterungen aber ließen sich nicht gegen, sondern nur mit den Machthabern im Osten, in Ost-Berlin wie in Moskau erreichen, und die Berliner waren in ihrer großen Mehrheit bereit, Brandt auf diesem Kurs zu folgen, der zusehends auch starke öffentliche Unterstützung fand. Am weitesten ging damals die FDP mit ihren Überlegungen zur Einsetzung paritätischer deutsch-deutscher Kommissionen.

Auf der Gegenseite im Osten knüpfte sich daran die Erwartung, allmählich das Ziel der Anerkennung zu erreichen. Bei jedem neuen Passierscheinabkommen hob die DDR die Schwelle an, um so Zug um Zug ein weiteres Zipfelchen Anerkennung zu erreichen. Im Sommer 1966 war für den Berliner Senat, mitbedingt durch starken Druck der Erhard-Regierung in Bonn, die Schmerzgrenze erreicht. Fast gleichzeitig scheiterten die Gespräche über den Redneraustausch zwischen SPD und SED. Die SED hatte ihr Ziel, einen Keil zwischen SPD-Basis und Führung zu treiben, nicht erreicht und auch die SPD-Führung nicht auseinanderdividiert, sondern zusammengeschweißt. Und sie mußte erfahren, daß in Bonn Regierung und SPD-Opposition deutschlandpolitisch eher näher zusammenrückten.

Mit dem gescheiterten Experiment des Redneraustausches hatte sich die SED-DDR in eine Zwickmühle manövriert, aus der ihr nur der schmählige Rückzug blieb. Eine öffentlich-offene Auseinandersetzung konnte sie nicht bestehen. Nachdem das Regime mit dem Besuch Ulbrichts Anfang 1965 in Ägypten einen ersten spektakulären Erfolg erzielt hatte, setzte es nun bei seinem Anerkennungsdrang auf eine Art Umgehungsstrategie über die Dritte Welt. Auf dem deutsch-deutschen Terrain igelte es sich ein, und der Warschauer Pakt erhöhte Zug um Zug die Vorbedingungen für Verhandlungen mit der Bundesrepublik – von zwei deutschen Staaten und der selbst-

ständigen politischen Einheit Westberlin im Juli 1966 in Bukarest bis zur sogenannten Ulbricht-Doktrin, dem Gegenstück zur Hallstein-Doktrin, im April 1967 in Karlsbad.

II.

Wer von „Neuer Ostpolitik“ spricht, denkt wohl ganz überwiegend an die Deutschland- und Ostpolitik der sozialliberalen Koalition. Tatsächlich aber stammt die Bezeichnung „Neue Ostpolitik“ aus der Zeit der Großen Koalition, ausdrücklich so auch in der Regierungserklärung von Bundeskanzler Kurt-Georg Kiesinger.³ Der über Jahrzehnte von Bonn hochgehaltene Grundsatz „Erst Wiedervereinigung und dann Entspannung“ wurde nun umgekehrt. Zuerst Entspannung und Schaffung einer europäischen Friedensordnung, in deren Folge eine Wiedervereinigung möglich sein könnte, hieß die neue Formel. Die Bundesrepublik reihte sich damit ein in die konzeptionelle Front ihrer westlichen Alliierten, denen die querelles allemands lästig geworden waren und die schon seit Jahren auf den Vorrang Entspannung setzten. Mit dieser fundamentalen Weichenstellung umriß Bonn sein neues deutschlandpolitisches Konzept, das bis zum Zusammenbruch des DDR-Regimes Geltung behielt.

Diese „Neue Ostpolitik“ war nach außen vorrangig Kanzleraußenpolitik, und hinter den Kulissen wirkte, sofern es um die DDR ging, Herbert Wehner als Mentor, mit dem sich Kiesinger abstimmte und beriet. Der neue Außenminister Willy Brandt mußte sich seine Meriten erst im Westen verdienen und sorgte dafür, daß das zerrüttete deutsch-französische Verhältnis wieder in Ordnung gebracht wurde. Daß Egon Bahr im Auswärtigen Amt über deutschlandpolitischen Konzepten brütete und Strategiepapiere entwarf, spielte operativ für die SED-DDR noch keine erkennbare Rolle. Brandt und die SPD-Führung waren in dieser Zeit für den SED-Staat weniger potentielle Hoffnungspartner, sondern energisch zu bekämpfende Gegner, die sich auf die Notstandsgesetzgebung einließen.

Die Stoßrichtung zielte im Verbund mit breiten Kreisen der Gewerkschaften, Intellektuellen, Ostermarschierern und Studenten gegen die SPD-Führer wie Wehner und Brandt, die angeblich auf eine präfaschistische Notstandsverfassung hinsteuerten und wie die Weimarer Sozialdemokratie die Arbeiterklasse verrieten und dem Faschismus den Weg bereiteten. Die Häutung Willy Brandts zu einem Repräsentanten

³ So betont K. Hildebrand: *Von Erhard zur Großen Koalition 1963-1966 (Geschichte der Bundesrepublik Deutschland, Bd. 4)*, Stuttgart/Wiesbaden 1984, S. 325ff.

von Liberalität im Zuge des gesellschaftlichen Umbruchs und der Studentenbewegung spielte für die Art seiner Wahrnehmung in der DDR wohl kaum eine nennenswerte Rolle, und wenn, dann ambivalent, positiv am ehesten noch bei einer Minorität von nicht regimekonformen Literaten und Künstlern, und wohl eher negativ bei einer Bevölkerungsmehrheit, begreiflich und verständlich aus der autoritär-obrigkeitsstaatlichen Prägung, die in der DDR fast bruchlos weiterleben konnte.

Erst in der Endphase der Großen Koalition, als beide Partner schon zusehends die Wahlen im Auge hatten, gewann Willy Brandt allmählich auch deutschland- und ostpolitisch wieder stärker an Konturen, so als er vom „geregelten Nebeneinander der beiden deutschen Teile“ sprach.⁴ In der Bundesrepublik, wo einflußreiche Medienorgane wie der „Spiegel“, der „stern“, die „Zeit“, die „Süddeutsche Zeitung“, die „Frankfurter Rundschau“, der „Kölner Stadt-Anzeiger“ vehement einem Ausgleich mit den östlichen Nachbarn das Wort redeten, für eine Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze und letztlich auch der DDR plädierten, spielte dies eine zusehends größere Rolle und beeinflusste die Wahlentscheidung mit. Aus dem Blickwinkel der SED-DDR zogen diese Veränderungen aber keine größeren Konsequenzen nach sich. Jedenfalls hat sie nichts Entscheidendes unternommen, um erkennbar für einen Wahlerfolg und Regierungswechsel in Bonn zu werben. Es herrschte quasi Funkstille.

III.

Der neue ost- und deutschlandpolitische Kurs, den die Regierung Willy Brandts einschlug, stieß in der DDR auf unterschiedliche Resonanz. Die SED-Führung nahm das von Willy Brandt mit seiner Regierungserklärung vom Oktober 1969 ausgesprochene Verhandlungsangebot, in der er von den zwei Staaten in Deutschland sprach, mit Mißtrauen auf, obwohl damit erstmalig ein Bundeskanzler der DDR „Staatsqualität“ attestierte. Sie sah darin eine Art Umarmungsstrategie mit dem Ziel einer schleichenden Unterminierung ihres Systems, der sie mit einer massiven Polemik gegen die These von der „Einheit der Nation“, der Hervorkehrung des Sozialen vor dem Nationalen („Zwischen den Krupps und den Krauses, [...] den Multimillionären und dem werktätigen Volk gibt es keine nationale Einheit“)⁵ und der harten Forderung

⁴ Vgl. J. Hacker: *Deutsche Irrtümer. Schönfärber und Helfershelfer der SED-Diktatur im Westen*, Frankfurt a. M./Berlin 1994, S. 238.

⁵ So Walter Ulbricht auf einer Pressekonferenz am 19. Januar 1970, zit. nach K. Schroeder: *Der SED-Staat. Partei, Staat und Gesellschaft*, München 1998, S. 196.

nach völkerrechtlicher Anerkennung begegnete. Nach Honeckers Lesart (16. Februar 1970) fungierte „die Regierung Brandt/Scheel“ als Handlanger des Kapitalismus und versuchte, unter Nutzung der ökonomischen „Potenzen des westdeutschen Imperialismus und der sozialdemokratischen Ideologie“ schrittweise „die Vorherrschaft über Europa“ zu verwirklichen. „Einmal soll sie im Sinne des langfristigen Eindringens in die sozialistischen Länder ‚das Tor nach Osten öffnen‘. Zweitens soll sie angesichts der wachsenden Widersprüche das staatsmonopolistische System in Westdeutschland für die Auseinandersetzung mit dem Sozialismus effektiver machen.“⁶

Weniger aus freien Stücken, sondern mehr auf Druck aus Moskau, bequeme sich das SED-Regime zur Aufnahme von Gesprächen mit der sozialliberalen Bundesregierung. Im März 1970 kam es zu dem historischen Treffen zwischen Bundeskanzler Willy Brandt und DDR-Ministerpräsident Willi Stoph in Erfurt, dem im Mai 1970 noch ein zweites, der Gegenbesuch Stophs in Kassel, folgte. Inhaltlich beschränkten sich diese Gespräche weitgehend auf den Austausch von Grundsatzpositionen: Stoph zielte auf völkerrechtliche Anerkennung, Brandt auf konkrete Schritte bei den innerdeutschen Beziehungen. Doch historisch war Erfurt schon deshalb, weil hier erstmals die Regierungschefs der beiden deutschen Staaten an einem Tisch saßen, weit mehr aber durch die Begleitumstände und die dabei sichtbar gewordenen Gefühle.

Die Bevölkerung der DDR setzte große Erwartungen auf diese Gespräche, und die Mehrheit der DDR-Bewohner sah vor allem in der Bundesregierung die Vertreterin ihrer Anliegen und Interessen. Die Hoffnungen ruhten dabei besonders auf Willy Brandt. Als Regierender Bürgermeister von Berlin war er ihnen bekannt, als Vater der Passierscheinregelungen als Politiker ausgewiesen, der konkret etwas für die Menschen tat und nun als Bundeskanzler in die DDR fuhr, um sich für mehr Freizügigkeit einzusetzen.

In den „Willy, Willy-Brandt“-Rufen und den spontanen Beifallsbekundungen der großen Menge vor dem Erfurter Hof, der sich der Bundeskanzler an einem offenen Fenster des Hotels zeigte, brachen die erwartungsvollen Gefühle der Menschen durch. Es war eine Stimmung wie eine Mischung aus dem „Gorbi, hilf!“ vom Oktober 1989 und dem sehnsüchtigen „Wir sind doch ein Volk und gehören zusammen, und auf Dich, Willy Brandt, setzen wir unsere ganzen Hoffnungen“. In den Stimmungsberichten der Stasi las sich dies als „politisch-ideologische Unklarheiten in größerem Umfang“.

⁶ Zit. nach H. Bögeholz: *Die Deutschen nach dem Krieg. Eine Chronik, Berlin 1995, S. 383.*

Die Sicherheitskräfte von MfS und Volkspartei hatten die spontanen Bekundungen nicht unterbinden können und wurden durch deren Stärke überrascht. Mielke und Genossen zogen daraus die Konsequenz, die Staatssicherheit so zu stärken und die Kontrolle so zu perfektionieren, daß so etwas nie wieder geschehen sollte. Die gespenstischen Szenen bei Helmut Schmidts Gang durch Güstrow sind bekannt, insgesamt wurden beim Schmidt-Besuch im Dezember 1981 37.000 Mann an Sicherheitskräften eingesetzt.

Die hohen Erwartungen, die sich in der DDR-Bevölkerung an Brandts Besuch in Erfurt knüpften, machten bald einem größeren Realismus Platz. Das Treffen zwei Monate später in Kassel wurde wesentlich nüchterner bewertet. Als nach langwierigen Verhandlungen der Verkehrs- und Transitvertrag und schließlich der Grundlagenvertrag abgeschlossen waren und damit in begrenztem Maße wenigstens wieder einige Grenzübergänge für Westbesucher geöffnet wurden, zeigte sich zwar eine euphorische Stimmung im Westen, passend zu den Willy-Bundestagswahlen 1972. Die DDR-Bevölkerung aber bekam schnell zu spüren, daß ihre Herrschenden aus Angst vor den bescheidenen Kommunikationsmöglichkeiten die Zügel straffer anzogen und der Würgegriff der Staatssicherheit noch härter wurde.

Dennoch beurteilte eine Mehrheit der DDR-Bevölkerung die Deutschlandpolitik der SPD/FDP-Koalition unter Willy Brandt überwiegend positiv. Durch die Gängelung und die Restriktionen sind empirische Befunde und verwertbares Material rar und methodisch problematisch. In der Zeit der parlamentarischen Auseinandersetzungen um die Ostverträge bekundeten 81 Prozent der befragten Jugendlichen aus der DDR ein sehr starkes, 17 Prozent ein starkes Interesse am Verhältnis zwischen der DDR und der Bundesrepublik.⁷ Nach einer empirischen Langzeitstudie von Infratest, das für die Bundesregierung Trends von Einstellungen und Verhaltensweisen der DDR-Bevölkerung erforschte, begrüßten 85 Prozent den Abschluß der Ostverträge und eine noch größere Mehrheit von über 90 Prozent den Grundlagenvertrag und die ihm vorausgegangenen Verhandlungen.⁸

Der Wunsch nach Wiedervereinigung lag in der DDR über die Jahrzehnte vom Mauerbau bis zum Zusammenbruch des Systems ähnlich hoch, etwas schwächer zumeist nur bei der jüngeren Generation. Doch der Glaube an die Realisierung der

⁷ Vgl. P. Förster: *Die deutsche Frage im Bewußtsein der Bevölkerung in beiden Teilen Deutschlands. Das Zusammengehörigkeitsgefühl der Deutschen. Einstellungen junger Menschen in der DDR, in: Materialien der Enquetekommission „Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland“.* Hg. vom Deutschen Bundestag, Baden-Baden 1995, Bd. V/2, S. 1212-1380.

⁸ Vgl. A. Köhler: *Nationalbewußtsein und Identitätsgefühl der Bürger der DDR unter besonderer Berücksichtigung der deutschen Frage, in: ebd., S. 1636-1674.*

Einheit schwand deutlich dahin und tendierte schließlich gegen Null. Gleichzeitig erhöhte sich mit fortdauernder Existenz und natürlich gefördert durch die Abriegelung der Prozentsatz derer, die die Bundesrepublik und die DDR als zwei unabhängige Staaten ansahen.

Während in der Bundesrepublik die Front gegen eine völkerrechtliche Anerkennung der DDR bis an deren Ende stark blieb, wurde diese in der DDR nur von einer Minderheit aus der älteren Generation strikt abgelehnt. Eine deutliche Mehrheit plädierte vor allem in der Aufbruchstimmung der neuen Ostpolitik der sozialliberalen Koalition für eine Anerkennung der DDR durch die Bundesregierung. Am stärksten ausgeprägt war diese Haltung bei den jüngeren DDR-Bürgern, die sich durch die Nichtanerkennung als Bürger zweiter Klasse diskriminiert fühlten. Mit der Anerkennung verknüpft war die Hoffnung auf weitere Erleichterungen, vor allem bei den Reisemöglichkeiten, und eine gewisse Liberalisierung der Lebensbedingungen.

Markus Meckel hat das „Lebensgefühl“ der Menschen, die die SED ablehnten, aber Brandts Deutschlandpolitik begrüßten, einmal treffend so beschrieben: In der „unmittelbaren Erfahrung“ sei diese die Fortsetzung der „Politik der Kleinen Schritte“ gewesen, „die in Berlin ganz konkret erfahrbar war nach dem Mauerbau, die zu Möglichkeiten des Zusammenlebens von Deutschland in Deutschland durch und über diese Mauer führte. Das war ein ungeheuer wichtiger Schritt und eine fundamentale Erfahrung. Das war eben der Unterschied in unserer Wahrnehmung westdeutscher Politik: daß die einen ständig von nationaler Einheit redeten und sie behaupteten und die anderen versuchten, sie zu gestalten.“⁹

„Kleine Schritte sind besser als große Worte“, dieses Wort Egon Bahrs brachte es auf den Punkt. Doch Willy Brandt stand nicht nur für dies. Bei ihm kam noch hinzu, daß die Menschen in der DDR seine Anteilnahme und das aufrichtige Bemühen spürten, ihnen zu helfen, daß er ein Politiker mit Moral, Charisma, großer Autorität und Gespür für die geschichtliche Verantwortung war und er wirkliche Freundschaft mit den östlichen Nachbarn suchte. Dies läßt sich angesichts des Mangels an empirischen Befunden natürlich nur schwer belegen. So lassen wir noch einmal Markus Meckel sprechen: Es war, so glaubt er, „ein ganz großer Teil der Menschen in der DDR, die sagen würden, Willy Brandt ist in Warschau auch für uns auf die Knie gefallen.“¹⁰

Dieser Kniefall am Mahnmal für die Ermordeten des Warschauer Ghettos, den die Hälfte der Westdeutschen damals für überzogen hielt, hat für das Bild des neuen

⁹ I. Maršolek/H. Potthoff (Hg.): *Durchbruch zum modernen Deutschland? Die Sozialdemokratie in der Regierungsverantwortung 1966-1982*, Essen 1995, S. 57.

¹⁰ Ebd., S. 58.

demokratischen Deutschland in der Welt mehr bewirkt als viele andere konkrete politische Maßnahmen und Schritte. Der 1971 mit dem Friedensnobelpreis ausgezeichnete und geehrte Willy Brandt wurde zur Symbol- und Kultfigur eines friedensliebenden, Verständigung und Versöhnung suchenden, gewandelten Deutschland und zum Heros sozialdemokratischer Identität und Ausstrahlung.

IV.

Als die Mehrheit der sozialliberalen Koalition bröckelte und die CDU/CSU am 27. April 1972 Willy Brandt mit einem konstruktiven Mißtrauensvotum zu stürzen suchte, bangten nicht nur seine Anhänger, sondern viele Menschen im östlichen Europa und in der DDR. Sogar der Ulbricht-Nachfolger Erich Honecker, früher eher ein Verfechter der harten Linie, signalisierte Egon Bahr bei einem Geheimbesuch am Vorabend die Bereitschaft zu „Gesten des guten Willens“. Ob dieser Schritt wirklich hilfreich für die Regierung gewesen wäre oder eher den gegenteiligen Effekt ausgelöst hätte, steht dahin, denn Egon Bahr wies ihn ab.“

Jedenfalls zeigten sich hier bei Honecker ansatzweise gewisse Träume von Gemeinsamkeiten: Es werde zwar zwischen DDR und BRD „keine Volksfrontbewegung geben, aber im Sinne der friedlichen Koexistenz sei ein Miteinander denkbar“.

Honeckers Avancen und Träumereien waren natürlich auch Taktik. Bei den deutsch-deutschen Verhandlungen gab sich die DDR sperrig, und bei dem Treffen der Ostblockführer am 31. Juli 1972 auf der Krim beschwor Honecker die Gefahren der neuen Ostpolitik und des „Sozialdemokratismus“. Die Brandt-Regierung werde Neuwahlen nur nutzen, „um ihre feindselige Politik gegenüber der DDR fortzusetzen“.¹² Daß nicht nur die westdeutschen „Revanchisten und Militaristen“ und der damit verbundene „Block der CDU/CSU“ gefährlich seien, sondern natürlich auch die sozialliberale Koalition, war Konsens. Aber für Leonid Breschnew, sekundiert von Janos Kadar, versprach die Regierung in Bonn doch eher „Nutzen“ zu bringen. Seine Logik zu überlegen, „wie man Brandt helfen kann, damit wir doch mit ihm zu tun haben und nicht mit der CDU/CSU, nicht [mit] Strauß und Barzel“, lief in der Konsequenz auf ein Entgegenkommen der DDR gegenüber der Brandt-Regierung hinaus, um deren Chancen bei den kommenden Wahlen zu verbessern. Die parlamentarische Schwäche und die

¹¹ H. Potthoff: *Bonn und Ost-Berlin. Dialog auf höchster Ebene und vertrauliche Kanäle. Darstellung und Dokumente*, Bonn 1997, S. 197.

¹² Ebd., S. 28f. und S. 208-216 (auch für das Weitere).

ungewissen Wahlaussichten beförderten Konzessionen der DDR, die sonst schwerer zu erzielen gewesen wären.

Breschnews Sowjetunion handelte natürlich nicht selbstlos. Sie war in einer schweren Versorgungskrise und hatte ein dezidiertes Interesse an einem Arrangement. Aber sie wollte die Zügel in der Hand behalten. Die DDR-Führung hatte sich ihrer Vorgabe zu fügen, und gleichzeitig sollte und durfte die DDR sich nicht in eine Abhängigkeit von der Bundesrepublik begeben. Und so warnte Breschnew, „daß nicht nur die CDU/CSU, sondern auch die Regierung Brandt und die gesamte heutige Regierungskoalition ein Maximum aus der DDR herauspressen möchten, daß sie versuchen, unsere Freunde durch solche Abkommen zu binden, die der BRD die Möglichkeit geben, die DDR ökonomisch und politisch zu beeinflussen. Wir meinen, Genossen, daß solche Absichten gefährlich sind, und wir müssen in dieser Beziehung hohe kollektive Wachsamkeit an den Tag legen“.

Natürlich hatte im sowjetischen Machtimperium letztlich der Kreml das Sagen. Aber die Interessen waren nicht völlig kongruent. Und im Herbst 1972 zeigte sich in der DDR-Führung eine gewisse Furcht, gegenüber Moskau und Warschau ins Hintertreffen zu geraten. Gleichzeitig sorgten die Olympischen Spiele in München mit dem erstmaligen Auftritt einer DDR-Mannschaft, die freundlich begrüßt und gefeiert wurde, wenn ihre Athleten, deutsche Athleten eben, siegten, für eine Klimaverbesserung.

Knapp zwei Wochen vor den Bundestagswahlen am 19. November 1972 wurde der Grundlagenvertrag am 8. November paraphiert. Er sorgte, geradezu euphorisch gefeiert von einem Großteil der Medien und teilweise in einer Weise interpretiert, als wäre nun fast schon Freizügigkeit gegeben, für einen Schub bei diesen sogenannten Willy-Wahlen, mit denen die SPD mit 45,8 Prozent das beste Ergebnis ihrer Geschichte einfuhr und sich ihr Koalitionspartner FDP von 5,8 auf 8,4 Prozent verbesserte. Doch diese Euphorie kehrte sich bald in Ernüchterung und Enttäuschung um, als das SED-System die Familienzusammenführung stoppte, die Repression im Innern verschärfte und die Kommunikation von West und Ost behinderte. Mit der Ratifizierung des Grundlagenvertrages, dem UN-Beitritt beider deutscher Staaten und der Aufnahme diplomatischer Beziehungen zu den meisten Staaten hatte das SED-Regime eines seiner wichtigsten Ziele erreicht, die Anerkennung durch die internationale Staatengemeinschaft. Nun stellte es, nachdem „der Mohr seine Schuldigkeit getan“ hatte, die Ampeln erst einmal auf Rot.¹³ Das Faustpfand Anerkennung aber war in den vom Bundesverfassungsgericht strikter markierten Grenzen ausgereizt, die

¹³ Vgl. A. Vogtmeier: *Egon Bahr und die deutsche Frage. Zur Entwicklung der sozialdemokratischen Ost- und Deutschlandpolitik vom Kriegsende bis zur Vereinigung*, Bonn 1996, S. 182.

Gegenleistungen der DDR nur in Teilen festgeklopft und in anderen nur die „Bereitschaft“ erklärt, sie „im Zuge der Normalisierung [zu] regeln“.¹⁴

Das DDR-Regime, das seinen Bürgern die Freiheit verwehrte, verhielt sich nicht wie ein halbwegs zivilisierter Staat. Aber bedingt durch die Ineffizienz seiner Planwirtschaft, den Mangel als Dauererscheinung und den Drang nach Technik und Modernisierung besaß es einen stetigen Hunger nach Westdevisen. Von nun an bis weit in die achtziger Jahre mit dem von Franz-Josef Strauß 1983 vermittelten Milliardenkredit, dem zweiten von 1984 und dem Swing-Abkommen Wolfgang Schäubles weitere drei Jahre später kam eine andere Dimension deutsch-deutscher Politik zum Tragen. Sie läßt sich auf den Nenner bringen: „DM gegen humanitäres Entgegenkommen“. Praktiziert wurde sie vor 1972 schon beim Häftlingsfreikauf. Doch nun bekam sie eine ganz andere Qualität, und es waren vielfach neue Akteure, die dabei mitspielten und den Ton angaben.

V.

In seinen Erinnerungen, die im Jahr 1997 mit großem Medienrummel unters Volk und auf den Markt gebracht wurden, nennt Markus Wolf den Fall Guillaume die „größte Niederlage“ seines Dienstes.¹⁵ Er bezieht dies nicht auf die Enttarnung, sondern der ehemalige Spionagechef der DDR will uns weis machen, die Plazierung Guillaume in der Umgebung des Kanzlers Brandt sei der eigentliche Fehler gewesen. Dabei ging es für Markus Wolf, den Vertrauensmann des sowjetischen KGB, nicht nur um Prestige, sondern auch um eigene Macht.

Nicht unproblematisch war der Fall Guillaume allerdings für SED-Generalsekretär Erich Honecker. Ausgehend von dem Besuch Herbert Wehners Ende Mai 1973 in der Schorfheide – an dem zeitweise auch Wolfgang Mischnick teilnahm – war ab Dezember 1973 ein „verdeckter Kanal“ zwischen Honecker und Bundeskanzler Willy Brandt in Gang gekommen, bei dem Rechtsanwalt Wolfgang Vogel als „Briefträger“ und Herbert Wehner als Motor und Intermediator fungierte. Diese Kontakte waren geheim, so geheim, daß sie selbst vor sonst Eingeweihten und Mächtigen in Ost und West verborgen oder kaschiert wurden. Es spricht vieles dafür, daß auch die Genossen Erich Mielke und Markus Wolf nicht wirklich unterrichtet waren. Als der „Stasi-Erich“ 1980

¹⁴ So lauteten die Formulierungen im Grundlagenvertrag. Vgl. *Zehn Jahre Deutschlandpolitik*. Hg. vom Bundesministerium für innerdeutsche Beziehungen, Bonn 1980, S. 206.

¹⁵ M. Wolf: *Spionagechef im geheimen Krieg. Erinnerungen*, Düsseldorf/München 1997, S. 286f.

von dem Wind bekam, was sein „SED-Erich“ ihm aus dem Geheimkontakten vorenthielt, war der Argwohn groß.

Guillaume, so wertvoll er für die DDR auch war, verkörperte für die Nr. 1 des SED-Staates einen Risikofaktor, zumal Willy Brandt offenbar die Unterlagen über die geheimen Drähte bis Februar 1974 nicht zureichend sicherte. Am 6. Mai 1974, unmittelbar, bevor Brandts Rücktritt bekannt wurde, bedauerte Honecker in einem Schreiben an Wehner, daß durch den „Störfaktor“ Guillaume die seit Jahresbeginn „unternommenen Schritte zur Ausfüllung des Grundlagenvertrages“ überschattet wurden. „Zu beklagen“ sei „im Fall G. nicht nur das Unvermögen der zuständigen Stellen der DDR, den Mann rechtzeitig aus dem Verkehr zu ziehen, sondern auch das Zurückweichen der Bundesregierung vor jenen Kreisen“, die auf die Aushöhlung des Grundlagenvertrages und den Sturz der Regierung Brandts zielten.¹⁶

Der SED-Generalsekretär setzte jedenfalls, soweit wir dies wissen, bis zuletzt auf die Fortdauer der Kanzlerschaft Willy Brandts und offerierte dazu einen Katalog für die Ausgestaltung der bilateralen Beziehungen. Er umfaßte Angebote zum Reiseverkehr, u. a. „Differenzierung beim Mindestumtausch“ (er war im Herbst 1973 drastisch erhöht worden), Erweiterung der Reisemöglichkeiten von DDR-Bürgern „auch zu touristischen Zwecken“, Zusagen zur Familienzusammenführung und zur „Entlassung“ von Häftlingen aus der DDR-Staatsbürgerschaft und ihrer „Ausreise in die BRD“. Diese Offerten markierten so etwas wie den Rahmen dessen, was aus Honeckers Sicht für die DDR machbar schien. Sie waren in dieser Krisensituation Brandts natürlich auch taktisch motiviert und – wie Honecker verlauten ließ – dazu gedacht, um den „B[undes-]K[anzler] gegen Hetze zu stützen“ und ihm innenpolitisch Schützenhilfe zu geben.¹⁷ Doch es wäre falsch, daraus eine besondere Vorliebe der SED-Macht-haber für Willy Brandt herzuleiten.

Nach dem Kanzlerwechsel in Bonn stellte sich das SED-Regime pragmatisch-nüchtern ohne Zögern auf den neuen Kanzler Helmut Schmidt um und ein, und vor allem Honecker schien sichtlich bemüht, eine Art Vertrauensverhältnis zu Schmidt aufzubauen. Für die DDR-Führung spielte Willy Brandt kaum mehr eine Rolle, selbst nicht in der Zeit der Nachrüstungsdebatten. Außer gelegentlichen Grüßen an ihn und Herbert Wehner taucht selbst sein Name in hochrangigen Gesprächen kaum mehr auf.

Willy Brandt, der hochgeschätzte Entspannungs- und Friedenspolitiker, hatte die

¹⁶ Potthoff, *Bonn und Ost-Berlin*, S. 43f.

¹⁷ Ebd., S. 45.

ihm durch Guillaume vom SED-Systems zugefügte Wunde, wie andere Wunden auch, nur schwer überwunden. Tief enttäuscht hatte er mit dem Bekanntwerden des Spionagefalls Guillaume die „Feindschaft“ des SED-Staates gegen ihn beklagt. So intensiv sich der SPD-Parteivorsitzende – seit 1976 zudem Präsident der Sozialistischen Internationale – auch auf der internationalen Bühne um Entspannung und Frieden kümmerte, der innerdeutsche Acker lag bei ihm lange brach. Und als er sich im November 1980 mit Kritik an der Erhöhung des Mindestumtausches meldete, für einen vorübergehenden „leeren Stuhl“ bei der Ständigen Vertretung der Bundesrepublik und für Abwarten und eine Pause plädierte,¹⁸ krittelte Honecker, er habe Brandt „bisher als Realpolitiker eingeschätzt“, doch so höre jede Politik auf. Als Brandt über elf Jahre nach Guillaume erstmals die DDR offiziell besuchte und Honecker traf, verlief das Gespräch verkrampft. Es reichte gerade zu einem „persönlich tragbaren Verhältnis“.¹⁹ Beim Honecker-Besuch 1987 in Bonn, bei dem der damalige Kanzler Helmut Kohl den SED-Generalsekretär mit allen protokollarischen Ehren empfing, und nach der Vorlage des SED-SPD-Papiers schien das Eis geschmolzen. Nach seiner „Eisbrecherfunktion“ im Ost-Westverhältnis lockte Willy Brandt neben der „Friedensfrage“ mit weiteren „Gemeinsamkeiten“, die sich dann mit dem harten Kurs des SED-Regimes bis zum Jahr 1989 erst einmal zerschlugen.²⁰

Viele Politiker im Westen, die damals auf Kooperation mit den Mächtigen der DDR setzten und vor allem Stabilität favorisierten, haben ex-post oft heftige Kritik einstecken müssen – von Helmut Schmidt bis partiell auch zu Helmut Kohl, so sehr dieser mit Hilfe ihm geneigter Politiker und Publizisten auch an seinem Bild als Kanzler der Einheit wob. Willy Brandt blieb, sieht man von einigen kritischen Kommentaren über sein Wort von der Lebenslüge der Wiedervereinigung in den achtziger Jahren ab, davon weitgehend verschont.

Das Bild von Willy Brandt als dem moralisch glaubwürdigen, charismatischen Politiker, der ein neues, demokratisches Deutschland verkörperte, der um Verständigung, Frieden und Versöhnung rang, gewann mit seiner Kanzlerschaft schnell feste Konturen. Mit dem Friedensnobelpreis stieg er auf einen Sockel, der ihn über das Normalmaß eines Politikers entrückte. Im Gedächtnis haften blieb der Willy Brandt des Aufbruchs zu neuen Ufern und der Visionen, der Grundlegung der neuen Ost- und Deutschlandpolitik, die die Konsequenzen aus dem von Hitler-Deutschland entfes-

¹⁸ Ebd., S. 555.

¹⁹ H. Potthoff: *Die „Koalition der Vernunft“. Deutschlandpolitik in den 80er Jahren*, München 1995, S. 55 und S. 340-343.

²⁰ Ebd., S. 636f.

selten Krieg zog, Mauer und Stacheldraht wenigstens etwas durchlöchernte und den Menschen in der DDR das Gefühl gab, daß sich jemand ernsthaft um ihr Geschick kümmerte. Die dornigen Seiten des schwierigen deutschlandpolitischen Alltagsgeschäfts blieben Brandt, bedingt durch den Rücktritt, der sein Bild noch mehr verklärte, weitgehend erspart. Die innenpolitische Demontage, auch in der Bundesrepublik weitgehend vergessen und verdrängt, drang zur DDR-Bevölkerung, damals vielfach noch ohne Westfernsehen, kaum durch.

Nach der Fast-Eiszeit des zweiten Kalten Krieges erstrahlte Brandts Stern wieder hell, als mit Gorbatschow das Tauwetter in der Sowjetunion begann und Willy Brandt als Eisbrecher zwischen Ost- und West gleichsam seinen zweiten Frühling erlebte. Als sich eine kleine Schar von Mutigen aufmachte, im Sommer 1989 in der DDR eine Sozialdemokratische Partei, die SDP, zu gründen, war Willy Brandt ihre Leitfigur, gleichzeitig Heros und Programm. Sein Gespür für das „Jetzt wächst zusammen, was zusammengehört“ und die große Resonanz, die er 1989/90 bei den Menschen in der DDR fand, zeigte noch einmal den zielsicheren Instinkt eines großen Politikers und die Wirkung des charismatischen Willy Brandt. Für ihn war dies die Erfüllung eines kaum mehr erhofften Traums. Doch als es um harte Wahlentscheidungen ging, da stach der Bonner Amtsinhaber Helmut Kohl alle anderen in der Gunst der DDR-Bevölkerung aus.

Willy Brandt, die Vaterfigur von Frieden, Versöhnung und Ausgleich, hat für die Deutschen jenseits von Mauer und Stacheldraht über Jahre und Jahrzehnte Hoffnungen, Moral, Menschlichkeit und Anteilnahme symbolisiert. Unter ihm als Kanzler wurde die Basis für den Wandel im östlichen Europa gelegt, dessen Früchte auf dem deutschen Acker dann Helmut Kohl ernten und in die Scheuer fahren konnte. Ein Hauch von Tragik umgibt so den Mann, der 1989/90 seine Träume Wirklichkeit werden sah. Soweit es die deutsche Einheit betraf, wurden sie wahr. Doch soweit es seine Vision vom Siegeszug eines freiheitlichen, demokratischen Sozialismus anbelangte, erlebte er eine herbe Enttäuschung.